



3. August 2016

Mitgliederrundbrief August 2016

Liebe Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik,

seit unserem letzten Rundbrief hat sich wieder viel in unserer BAG getan: Wir haben auf unserer Mitgliederversammlung im April in Duderstadt einen neuen Sprecher_innenrat gewählt, uns zu wichtigen aktuellen Ereignissen positioniert, eine Reihe von Veranstaltungen organisiert und an Protestaktionen teilgenommen. Die aktuelle Debatte, in die wir uns eingebracht haben, war insbesondere geprägt von der Auseinandersetzung um ein gutes Bundesteilhabegesetz (BTHG), um das Pflegestärkungsgesetz (PSG), das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BBGG) und Lohnkürzungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Im Folgenden möchten wir dazu ein paar konkrete Ausführungen machen:



Am 4. Mai demonstrierten viele Mitglieder der BAG zusammen mit Vereinen und Verbänden für ein gutes BTHG.

Nicht mein Gesetz: Wie weiter mit dem BTHG?

Außer Spesen nichts gewesen: Nach einer Vorbereitungszeit von 10 Jahren und einem breiten Alibi-Beteiligungsprozess 2014/15 kreite der Berg und gebar ein Muslein. Alle sind unzufrieden mit dem Referentenentwurf des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) vom April 2016. Schnell bildete sich ein breites Bündnis von DGB, Deutschem Behindertenrat, den Fachverbänden der Einrichtungsträger, vom Paritätischen, vom Roten Kreuzes, (Na, wer fehlt denn da von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege? Die kirchlichen Verbnde haben Angst um ihre Pfründe), und der Bundesbehindertenbeauftragten. Dieses Bündnis stellte sechs Kernforderungen auf, die allesamt nicht durch das BTHG erfüllt werden (herunterzuladen u. a. auf der Seite www.deutscher-behindertenrat.de).

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik verabschiedete nach eingehender Diskussion auf ihrer Mitgliederversammlung im April dieses Jahres ihre Stellungnahme **TEILhabe oder GANZhabe?** (nachzulesen auf der Seite www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de). Die Mitglieder sorgten dafür, dass Landesparteitage, Bundesparteitag sowie der Parteivorstand sich mit dem BTHG befassten, das in der vorliegenden Form abgelehnt wird. Auf der Klausurtagung am 27./28.8. in Erfurt wird der Sprecher_innenrat seine Stellungnahme auf den neuesten Stand bringen.

Katrin Werner, Behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, führte die Bundesregierung durch eine Anfrage vor, die klären sollte, wie hoch die Einnahmen aus den beibehaltenen Zuzahlungen zu Teilhabeleistungen wohl sein werden und ob sie überhaupt den Verwaltungsaufwand zu ihrer Beitreibung übersteigen: Das BMAS war nicht in der Lage, dazu Zahlen zu liefern. Die Bundestagsfraktion hat inzwischen eine umfangreiche Bewertung des BTHG erarbeitet, die auf der Homepage eingestellt ist (www.linksfraktion.de/positionspapiere/vorlaeufige-bewertung-arbeitsentwurfes-bundesteilhabegesetz-bthg/).

Katrin Werner lädt für den 9. September zu einer Fachtagung „Teilhabe mit LINKS“ im Bundestag ein (www.katrinwerner.de). Die Bundestagsfraktion möchte an diesem Tag den Dialog mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der vielfältigen Gruppierungen und Vereinigungen vertiefen, um ihre Positionen zu behindertenpolitischen Anforderungen und Zielsetzungen an die inhaltliche Ausgestaltung eines menschenrechtskonformen BTHG zu diskutieren.

Derweil finden zahlreiche Protestaktionen statt. Nach der Demonstration von etwa 5.000 Menschen am 4. Mai für ein gutes BTHG, an der viele Mitglieder der BAG teilnahmen, gibt es gegenwärtig vor dem Bundesministerium und den Länderministerien, die dieses Gesetz verantworten, zahlreiche Mahnwachen. Damit verdeutlichen die Betroffenen, dass sie gegen dieses Gesetz sind, das mehr Verschlechterungen als Verbesserungen bringen wird. Während bei der Anhörung im Mai eigentlich alle das Gesetz kritisierten (Stellungnahmen sind unter www.gemeinsam-einfach-machen.de nachzulesen), mehren sich nun die Stimmen, die sich gegen eine Verabschiedung aussprechen. Der Paritätische hat eine Kampagne gestartet, dass nur ein kleiner Teil des Gesetzes in dieser Legislaturperiode in Kraft treten soll (z. B. das Budget für Arbeit als Ausgliederungsinstrument aus WfbM), um dann mit einem neuen Bundestag für ein besseres Gesetz zu sorgen.

Wie geht es weiter?

Die erste Lesung des BTHG und des III. Pflegestärkungsgesetzes (PSG III) findet am 22.9. im Bundestag statt. Am 23.9. ist die erste Beratung im Bundesrat, am 28.9. im

Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Am 17.10. findet eine Anhörung BTHG in diesem Ausschuss statt, am 19.10. zum PSG III mit einer abschließenden Beratung am 30.11.



Katrin Werner, Behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, betonte am 28. Juni bei der "Ankettaktion", dass es kein BTHG ohne Garantie des Wunsch- und Wahlrechtes geben darf.

Am 2.12 ist die zweite und dritte Lesung im Bundestag, am 16.12. die Verabschiedung im Bundesrat. Am 1.1.2017 sollen die ersten Vorschriften in Kraft treten.

Die Mandatsträger_innen der LINKEN in Bund und Ländern haben abgesprochen, dass sie die Beteiligung des Bundesrates nutzen wollen, um ggf. über Thüringen und Brandenburg einen eigenen Länderantrag einzubringen.

Auf dem Bundesparteitag sollte vom Sprecher_innenrat unter anderem ein Initiativantrag des BAG-Sprecher_innenrates zum BTHG mit dem Ziel eingebracht werden, das Thema BTHG in die

Kommunalparlamente hineinzutragen, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Dieser Antrag wurde letztendlich auf der Klausurtagung des Parteivorstandes am 3. Juli beraten und dort mehrheitlich beschlossen. Jetzt gilt es, diesen Beschluss mit Leben zu erfüllen.

Kürzung der Pflegeleistungen durch das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III)

Dieses Gesetz, das besser Pflegekürzungsgesetz heißen sollte, wurde ebenfalls in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht und regelt die Leistungen der Pflege im SGB XII (Sozialhilfe). Diese müssen an die Änderungen der Pflegeversicherung mit den neuen 5 Pflegegraden angepasst werden. Außerdem wird das Verhältnis von Eingliederungshilfe, nach dem BTHG im SGB IX geregelt, und Pflegeversicherungsleistungen dort geregelt. Dies wird zu massiven Verschlechterungen führen, weil die Sachleistung der Pflegeversicherung für den ambulanten Bereich stark eingeschränkt wird. Dort soll es vorrangig nur das geringer bemessene Pflegegeld geben, obwohl für die Assistenz bisher die höhere Sachleistung in Anspruch genommen werden konnte. Dies hat zur Folge, dass dafür je nach Pflegegrad zwischen 433 und 1729 Euro monatlich weniger für Pflegeleistungen zur Verfügung stehen werden. Außerdem bleibt die diskriminierende Regelung erhalten, dass für Einrichtungen, in denen Eingliederungshilfe gewährt wird, nur ein Festbetrag von 266 Euro gezahlt wird. Auch Wohnpflegegemeinschaften nach dem Wohn- und Betreuungsgesetz zählen dazu, wenn Vermieter und Pflegedienstleister identisch sind, wie dies bei Wohngemeinschaften für Personen mit Lernschwierigkeiten, die einen Betreuer haben, häufig der Fall ist. Je gravierender die Behinderung, desto weniger Geld! Dieses Gesetz darf daher ebenso wenig wie das BTHG in der vorliegenden Form verabschiedet werden!

Gleichstellungsgesetz im Bund enttäuscht - jetzt sind die Länder dran!

Alle Gleichstellungsgesetze müssen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-BRK überprüft werden. Obwohl dort in Art. 9 ausdrücklich der Privatbereich neben den staatlichen Stellen in die Verpflichtung zur Barrierefreiheit einbezogen ist, fehlt dies in dem inzwischen verabschiedeten Bundesgleichstellungsgesetz (BGG). Ein paar Gremien sind neu geschaffen worden: ein Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit, das sich in der Rentenversicherung See versteckt, sowie eine Schlichtungsstelle. Es ist nicht zu erwarten, dass damit mehr Zielvereinbarungen abgeschlossen werden als die wenigen bisher. Es kommt nun darauf an, dass die Behindertenbewegung in den Ländern Druck macht: Der Landesbehindertenrat in Bremen hat ein Landesgesetz vorgelegt, das die Privaten einbeziehen soll, auch in Hessen befasst sich eine Arbeitsgruppe des Inklusionsbeirats bei der Behindertenbeauftragten mit einem Gesetzentwurf. Die LINKE sollte sich aktiv in diesen Prozess einschalten. Die Sprecher_innen der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik werden dazu einen Leitfaden vorlegen, auf welche Regelungen bei der Reform der Ländergesetze zu achten ist.

Für Leistungsstärkere drohen Lohnkürzungen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Die Reform des BaFöG (Bundesausbildungsförderungsgesetz für Leistungen zum Lebensunterhalt für Studenten und andere) hat zum Ergebnis, dass auch das Ausbildungsgeld im Berufsbildungsbereich von 63 auf 67 Euro bzw. 75 auf 80 Euro zum 1.8.2016 angehoben wurde. Damit steigt der Grundbetrag für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsbereich der WfbM unabhängig von ihrem Leistungsvermögen von der WfbM auf 80 Euro. Etliche Werkstätten regeln das einfach so, dass sie dafür das Geld nehmen, das für die Auszahlung des leistungsbezogenen Steigerungsbetrages vorgesehen ist. Diese erhalten dann bei gleicher Leistung weniger Lohn als bisher. Man stelle sich den Aufschrei der Gewerkschaften vor, wenn Arbeitgeber Lohnerhöhungen durch einen Griff in die Lohnkasse finanzieren und einen Teil der Löhne absenken.

Was ist zu tun?

Ohne den Werkstatttrat läuft gar nichts, der muss einer neuen Entgeltordnung zustimmen. Wenn diese Zustimmung erfolgt, ohne dass dazu eine Versammlung der behinderten Beschäftigten stattgefunden hat, sollte einem solchen Werkstatttrat das Misstrauen ausgesprochen werden und seine Abwahl verlangt werden.

Der Werkstatttrat hat das Recht zu prüfen, ob tatsächlich 70 % vom Arbeitsergebnis der WfbM für die Lohnzahlung verwendet wird. Als Erstes sollte nach den Rücklagen gefragt werden, die nämlich dazu da sind, Lohnsenkungen durch ein verändertes Arbeitsergebnis zu verhindern.

Des Weiteren sollten die Werkstattträte von der Möglichkeit Gebrauch machen, Vertreter der Gewerkschaft Ver.di als Sachverständige in Anspruch zu nehmen, wenn sie die sachgemäße Ermittlung des Arbeitsergebnisses prüfen wollen. Dieses Recht besteht unabhängig davon, ob Mitglieder des Werkstatttrats Ver.di-Mitglieder sind, was aber natürlich die Kontaktaufnahme erleichtert. Bezahlt werden muss das von der WfbM, das Recht hat auch der Betriebsrat. Solche Dienstleistungen erbringt Ver.di auch für Betriebsräte, so dass dafür Sachverstand auf Landesebene angefordert werden sollte. Das gilt auch für kirchliche Einrichtungen, weil das so in der WMVO geregelt ist, dem die kirchlichen MVO folgen müssen.

Werkstattbeschäftigte, denen der Lohn gekürzt wurde, können dies arbeitsgerichtlich überprüfen lassen. Auch dafür lohnt sich die Ver.di-Mitgliedschaft, weil damit ein Anspruch auf kostenlosen Rechtsschutz verbunden ist.

Wir möchten Euch im Folgenden über ausgewählte Veranstaltungen und Aktionen der BAG berichten:

Bundesparteitag am 28. und 29. Mai in Magdeburg

Auf dem Bundesparteitag in Magdeburg war die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik sehr aktiv. An unserem Stand gab es Informationen und Diskussionen, insbesondere zum BTHG. So wurden für den Dringlichkeitsantrag zum BTHG mehr als 80 Unterschriften bei den Delegierten gesammelt. Das brachte viel Aufmerksamkeit. Auch mit der Barrierefreiheit des Parteitages waren wir zufrieden. Allerdings sollten Parteitage inhaltlich besser und langfristiger vorbereitet werden. Vor allem sollten wir mehr eigene Anträge stellen, damit unser Thema auf Parteitagen immer präsent ist. Diese Anträge sollten dann in den Kreisverbänden, in denen wir vertreten sind, vorgestellt werden. Auch die Zusammenarbeit und die gemeinsame Vorbereitung mit unserer Delegierten muss vor und während der Parteitage besser organisiert werden.

Die zwei vom Sprecher_innenrat der BAG gestellten Anträge sollten auf dem Parteitag vom Sprecher_innenrat der BAG eingebracht werden. Es ging dabei zum einen um den Antrag „Wahlrecht für alle“, in dem gefordert wird, eine parlamentarische Initiative – spätestens bis zu den Bundestagswahlen – anzustoßen, um die Beschränkung des Wahlrechtes für Menschen unter Betreuung aufzuheben. Ein zweiter Punkt des Antrages betrifft die Umsetzung von Barrierefreiheit bei Wahlen.



Ulrike Haase und Utz Mörbe am Mikrofon

Im Antrag „Für ein gutes Bundesteilhabegesetz – Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion! wird ein gutes Bundesteilhabegesetz eingefordert. Unsere Mandatsträger_innen sollen Anträge und Anfragen zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz stellen. Beide Anträge wurden aus Zeitgründen an den Bundesparteivorstand überwiesen. Der Vorstand behandelte sie auf seiner Klausurtagung am 2. und 3. Juli in Rostock, wo sie mehrheitlich

beschlossen wurden. Aber auch wenn wir uns über die Zustimmung zu diesen Anträgen freuen, schätzen wir ein, dass viel Aufmerksamkeit für unser Thema durch die Überweisung in den Parteivorstand verloren ging. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das in Zukunft anders gelöst wird.

Konferenz „Älter werden mit Behinderung“ am 18. Juni und 19. Juni in Münster

Die BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und die BAG Senioren führten am 18. und 19. Juni in Münster die Konferenz „Älter werden mit Behinderung“ durch.

Mitveranstalter_innen waren die beiden Linksfraktionen der Landschaftsverbände. Mehr als 50 Teilnehmer_innen aus ganz Deutschland diskutierten über die große Altersarmut, den Mangel an barrierefreien Wohnungen und die hohe Arbeitslosigkeit bei älteren Menschen mit Behinderung.

Es gab Arbeitsgruppen, Erfahrungsberichte und eine Podiumsdiskussion: Es diskutierten vom Landesintegrationsrates Erkan Zorlu, von der Landessenorenvertretung Hildegard Jaekel, der Direktor des Landschaftsverbandes Matthias Löb und der Rentenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag Matthias W. Birkwald. Vorgestellt wurde auch das Projekt des Allgemeinen Behindertenverbandes Deutschland „Alt werden mit Behinderung – Mittendrin ein Leben lang“.

Die Veranstaltung war von Anfang an inklusiv: Durchgeführt wurde sie von Menschen mit und ohne Behinderung, es gab eine Induktionsschleife, barrierefreie Toiletten und



Margot Kohlhaas-Erlei – ein beeindruckender Bericht über „Schwerhörigkeit“

Verpflegung durch ein Integrationsunternehmen. Rolf Kohn, Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und einer der Sprecher_innen der Linksfraktionen stellten zufrieden fest: „Die Konferenz war vielfältig, inklusiv, informativ – nicht zuletzt durch die Beiträge der Teilnehmer_innen aus den neuen Bundesländern der BAG Senioren. Wir sollten das auf jeden Fall wiederholen“.

Tolle Fotoaktion auf dem Fest der LINKEN am 25. Juni

Auf dem Fest der LINKEN hatte die BAG einen eigenen Stand, der gemeinsam mit den Genoss_innen der LAG Berlin betreut wurde. Der Zusammenhalt und die Stimmung unter allen Beteiligten waren prima – ebenso die Ausstattung des Standes mit Infomaterialien und Keksen mit dem Aufdruck #NichtMeinGesetz – gebacken in einer nächtlichen Aktion und eingeflogen aus NRW von Lara Basten.

Wir lockten damit viele Teilnehmer und Besucher des Festes der LINKEN an unseren Stand. Durch unsere Fotoaktion „Unser Nein zum Bundesteilhabegesetz“ gelang es uns, mit vielen erneut darüber ins Gespräch zu kommen, was man noch tun könne, um dieses Gesetz in seiner derzeit vorliegenden Form zu verhindern. In diesem Zusammenhang machten wir auf die Protestaktion am 28. Juni vor dem Berliner Hauptbahnhof aufmerksam, bei der sich viele Menschen symbolisch in einen Käfig sperren ließen. Auch von unseren BAG-Mitgliedern waren einige dabei.



Katja Kipping, Ilja Seifert, Dietmar Bartsch, Margit Glasow und Lara Basten: Ein klares Nein zum Referentenentwurf des BTHG

Auf dem Fest der LINKEN fand außerdem die **Preisverleihung „Barrierefreie Büros“** statt, die aus Zeitgründen auf dem Bundesparteitag in Magdeburg ebenfalls nicht



Matthias Höhn und Ilja Seifert übergaben die Preise an Elke Breitenbach (Berlin) und Rolf Kohn (NRW)

stattfand. Das Bürgerbüro Heidelberg, die Landesgeschäftsstelle NRW und das Abgeordnetenbüro Breitenbach-Möller-Wolf waren die Preisträger_innen, die von der AG Teilhabe ausgewählt wurden. Ilja Seifert, Mitglied des Parteivorstandes und Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer begründeten die Notwendigkeit und Aktualität des Preises.

Allerdings war die Beteiligung an der Preisverleihung enttäuschend. Sie wurde aber bei der Sitzung des Parteivorstandes am 3. Juli gewürdigt und wird im nächsten Jahr wieder stattfinden.

Kurznachrichten aus den Ländern:

Sachsen: Auf dem Landesparteitag wurden die nachstehenden Anträge gestellt: Ein Antrag, dass die Landtagsabgeordneten barrierefreie Büros anmieten sollen, wurde vom Parteitag angenommen. Ein weiterer Antrag, eine Krüppel-Quote zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein dritter Antrag, das Teilhabekonzept der Partei umzusetzen, wurde unter Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Hessen: Sabine Wendt hat für die Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbands kandidiert und einen hinteren Platz belegt. Sie ist als Mitglied des Landesvorstandes des Schwerhörigenbundes in einer Arbeitsgruppe des Inklusionsbeirats der Behindertenbeauftragten tätig. Diese soll einen Vorschlag für die Reform des hess. Gleichstellungsgesetzes machen.

Bayern: Im April fand in Nürnberg die Gründungssitzung der LAG Bayern statt: Die Wichtigkeit war deutlich: Es wurden auch Gäste aus Baden-Württemberg, NRW und Berlin begrüßt. Der Landesgeschäftsführer Bayerns ließ es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gründungsveranstaltung

Sobald die LAG anerkannt ist, wollen die Mitglieder durchstarten. Aktuelle Gesetzesänderungen als auch die Vorbereitung der Wahlen (Bundtagswahlen 2017 und Landtagswahlen 2018) sind Punkte, bei denen die Mitglieder zeigen wollen: „Wir haben Rechte und wir sind viele!“

NRW: Mitglieder der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik aus der LAG NRW und Mitglieder der Fraktionen der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland



beteiligten sich wie im letzten Jahr schon an der 1.-Mai-Demonstration in Köln und der 1.-Mai-Kundgebung in Hamm. Das Transparent zum Bundesteilhabegesetz fand große Beachtung und wurde oft fotografiert.

Es war eine gute Gelegenheit, unsere Forderungen mit Kolleg_innen aus den Gewerkschaften zu diskutieren.

Mecklenburg-Vorpommern: Am 11. Juni führte das Kommunalpolitische Forum Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in Rostock die Bildungsveranstaltung „Eine Stadt für alle“ durch. Diese Veranstaltung wandte sich an Stadtvertreter_innen und Akteure aus der Sozial- und Behindertenpolitik, an Vereinsmitglieder und interessierte Bürger_innen, um gemeinsam darüber zu diskutieren, wie inklusiv Rostock bereits ist und was sich noch verändern muss. Eine gute Veranstaltung. Allerdings muss es in Zukunft gelingen, mehr die Leute zu erreichen, die sich nicht ohnehin schon mit diesem Thema auseinandersetzen.

Die Ergebnisse der Veranstaltung werden in Form einer Handreichung für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zusammengestellt.



Zuhören und Debattieren auf der Veranstaltung „Eine Stadt für Alle“ in Rostock, organisiert von der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Mecklenburg-Vorpommern und dem Kommunalpolitischen Forum

NRW: Für eine volle und wirksame Teilhabe behinderter Menschen haben die Fraktionen DIE LINKE im Landschaftsverband Westfalen – Lippe (LWL) und im Landschaftsverband Rheinland (LVR) auf dem Landesparteitag der LINKEN NRW am 11. Juni in Bergheim demonstriert. Gemeinsam mit Mitgliedern der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE

LINKE NRW besetzten sie die Bühne und stellten mit ihren Transparenten die Forderung nach einem guten Bundesteilhabegesetz und nach einem Mindestlohn in Werkstätten. Die Delegierten des Landesparteitages begrüßten die Aktion mit langanhaltendem Beifall und verabschiedeten den Antrag der LAG für ein gutes Bundesteilhabegesetz einstimmig.



Aktion der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik auf dem Landesparteitag NRW

Berlin/Sachsen-Anhalt/Mecklenburg-Vorpommern/NRW:

Im neuen Behindertengleichstellungsgesetz ist festgehalten, dass es mehr Leichte Sprache in Veröffentlichungen geben soll. Die LAGen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und NRW haben das Thema schon längst aufgegriffen:



Die Kurzfassungen der Wahlprogramme wurden und werden in Leichter Sprache herausgegeben. Auf dem Landesparteitag in Berlin verteilte die LAG eine Broschüre in Leichter Sprache gegen Rechtsextremismus. Die Wahlprogramme in Leichter Sprache können bei den Landesgeschäftsstellen bestellt werden.

In NRW wurde von kommunalen Fraktionen eine Broschüre gegen das umweltschädliche Gasbohren und Fracking erstellt. Die Broschüre kann unter bag.behindertenpolitik@die-linke.de bestellt werden.

Mitgliederversammlung der BAG in Duderstadt

Im April fand unsere **Mitgliederversammlung in Duderstadt** statt. Die Veranstaltung war gut organisiert. Positiv bewertet wurden insbesondere die Arbeitsgruppen, die helfen sollten, die regionale Zusammenarbeit der LAGen zu stärken. Begrüßt wurde auch die Teilnahme von Tobias Pflüger, stv. Parteivorsitzender, der erklärte, dass Inklusion für ihn ein Thema ist, das ganz viele Menschen betrifft: Alle, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Sabine Wendt berichtete in einem Vortrag über den aktuellen Stand der Diskussion über das Bundesteilhabegesetz. Nach intensiver Diskussion wurde ein Vorschlag für eine Stellungnahme der Mitgliederversammlung der BAG zum Bundesteilhabegesetz von Bernd Knabe vorgelesen. Nach einer Beratung und einigen Veränderungen wurde die Stellungnahme mit großer Mehrheit verabschiedet.

In Arbeitsgruppen diskutierten die Mitglieder der LAGen über eine Zusammenarbeit der verschiedenen LAGen, dabei wurden zahlreiche Ideen entwickelt und Pläne geschmiedet. Dies ging von gemeinsamen Veranstaltungen, über gegenseitige Unterstützung bei Landesparteitagen bis hin zur Bearbeitung von gemeinsamen Themen.



MV der BAG in Duderstadt: Intensive Diskussion über die regionale Zusammenarbeit

In Duderstadt wurde auch ein **neuer Sprecher_innenrat** gewählt. Bei den Mitgliedern des alten Sprecher_innenrates, die nicht mehr kandidiert haben, bedanken wir uns ganz herzlich für die geleistete Arbeit! Die Mitglieder des neuen SprecherInnenrates möchten wir Euch auf den folgenden Seiten vorstellen:

André Baumgarten, Bayern

ist gelernter Bürokaufmann, im Augenblick aber arbeitssuchend und beratender Mitarbeiter der Stadtratsgruppe DIE LINKE Fürth.

Andrés Hauptthema: barrierefreies Bauen; Andrés Ziel ist es, das Thema barrierefreies Bauen in den kommenden Wahlkämpfen stärker in den Fokus zu rücken.



Seine Funktionen innerhalb der Partei:

- Ortsvorstandsmitglied
- Kreisverbandsrevisor
- Landesverbandsrevisor bei „solid“ Bayern
- Mitglied des Sprecher_innenrates der BAG bzw. LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bayern

Utz Mörbe, Baden-Württemberg:

wurde am 8. Dezember 1983 in Stuttgart geboren und ist von Beruf Betreuungsassistent. Utz arbeitet bei Atrio Leonberg (WfbM) und ist Vorsitzender des Werkstattrates. Er ist Gründungsmitglied „Inklusives Ludwigsburg“ und verankert im Landratsamt Ludwigsburg. 2005 trat er der WASG bei. Er ist außerdem Gründungsmitglied der Linksjugend Böblingen/Calw der LINKEN. Utz' Hauptthema: Rechte der Beschäftigten mit Behinderungen in Werkstätten



Seine Funktionen innerhalb der Partei:

- Vorsitzender im Teilhabebeirat des Landkreises Böblingen
- zweimal Ersatzkandidat für DIE LINKEN bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg
- eine Amtsperiode Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE in Baden-Württemberg

Andreas Scheibner, Berlin

arbeitet gegenwärtig in der USE, vor seinem Umzug nach Berlin war er Mitglied im Werkstattrat in der ATW Mannheim.



Andreas' Hauptthema: Rechte der Beschäftigten mit Behinderungen in Werkstätten

Seine Funktionen innerhalb der Partei:

- ehemaliger Landessprecherrat der LAG Baden-Württemberg
- jetzt Mitglied des Sprecher_innenrates der BAG

Margit Glasow, Mecklenburg-Vorpommern

ist 55 Jahre alt, hat zwei erwachsene Kinder und ist als freie Journalistin tätig

Margits Themen: Inklusion als menschenrechtliche Herausforderung (z. B. Wahlen für alle)
+ Eine Stadt für alle + Eine Schule für alle



Ihre Funktionen innerhalb der Partei:

- Mitglied der Rostocker Bürgerschaft
- Vorsitzende des Sozialausschusses der Hansestadt Rostock
- Mitglied im Landesvorstand der Partei in Mecklenburg-Vorpommern und im Kreisvorstand Rostock
- seit 2014 Mitglied im Sprecher_innenrat unserer BAG als auch der LAG in Mecklenburg-Vorpommern

Birger Höhn, Sachsen

ist 42 Jahre alt und seit Geburt schwerbehindert (Asperger-Autismus). Er absolvierte eine Berufsausbildung zur Bürokräft und ist derzeit Werkstattbeschäftigter.



Seine Funktionen innerhalb der Partei:

- Mitglied des SprecherInnenrates der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Sachsen
- stellvertretendes Mitglied des Behindertenbeirates der Landeshauptstadt Dresden für die LINKE-Ratsfraktion
- Gründer des LINKE-offenen „Inklusiven Stammtisches“ in Dresden

Sonja Bay, NRW

ist 63 Jahre alt, verheiratet und hat einen Sohn. Von Beruf ist sie Steuerfachangestellte und hat zuletzt als kaufmännische Angestellte gearbeitet. Seit 2013 ist sie in vorgezogener Altersrente wegen einer Schwerbehinderung.

In der LINKEN ist Sonja seit 2008. Sie gehört dem Kreisverband Hamm in NRW an.



Ihre Funktionen innerhalb der Partei:

- Delegierte zum Landesrat, dort gehört sie dem Präsidium an
- Seit der Kommunalwahl 2014 Bezirksvertreterin in Hamm-Herringen
- 2015 zur Sprecherin der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik wiedergewählt

Susann Schöniger, Sachsen

ist seit diesem Jahr Mitglied im Sprecher_innenrates der BAG. Sie ist Magister Pädagoge/Sozialpädagogin und Systemischer Therapeut/Familientherapeut (SIS,SG).

Susanns Hauptthema: inklusive Bildung.



Aus diesem Grund möchte sie sich im Sprecher_innenrat vor allem auch um das Themenfeld inklusive Bildung und inklusive Pädagogik kümmern.

Derzeit wird nicht nur ein Bundesteilhabegesetz, was seinen Namen nicht verdient, diskutiert und wahrscheinlich leider auch beschlossen, sondern auch massive Einschnitte und Kürzungen im Kinder- und Jugendhilfe Gesetz SGB VIII. Es soll insbesondere der § 36a, Abs.2 und §41, Abs. 2 geändert werden. Es sollen sozialräumliche Hilfen und Angebote als Grundsatz für die Gewährung von Hilfeleistungen etabliert werden. Gelder für die Hilfen zur Erziehung sollen damit durch die Stadt/Jugendämter pauschal an - von diesen ausgewählten - Projekte gezahlt werden.

Es entscheiden demnach nur noch die Behörden, ob und durch welche Einrichtungen Hilfen zur Erziehung erfolgen. Den Betroffenen werden damit auch hier wichtige Mitbestimmungsrechte versagt. Die Betroffenen sollten, wie es auch im Bundesrechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung verankert ist, selbst über die geeignete Hilfe mitentscheiden dürfen. Mit der Novellierung des SGB VIII besteht die Befürchtung, dass „teure“ Hilfen versagt werden könnten. Der bisher geltende Rechtsanspruch zur Erbringung von Hilfen zur Erziehung muss erhalten bleiben.

Susann möchte sich gern auf diesem Gebiet mit ihrer Fachlichkeit engagieren.

Dr. Sabine Wendt, Hessen

ist Rechtsanwältin und Rentnerin aus Marburg und war über 30 Jahre in der Rechtsabteilung der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Rechtsfragen der Eingliederungshilfe und Teilhabe am Arbeitsleben zuständig.



Sabine ist seit 2015 eine der SprecherInnen der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und seit 2013 der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE. Hessen und Mitglied der LINKEN im Kreisverband Marburg-Biedenkopf. Sie ist aufgrund ihrer Hörbehinderung im Deutschen Schwerhörigenbund aktiv, als Vorsitzende des Ortsverein Gießen des DSB und als Mitglied im Landesvorstand Hessen des DSB.

Nachruf Irene Müller

von Ilja Seifert, Mitglied des Parteivorstandes



Irene Müller ist tot.

Ein Verlust für die Familie, mit der wir trauern.

Ein Verlust für die Behindertenbewegung – insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern –, der schwer zu ersetzen ist.

Ein Verlust für DIE LINKE – insbesondere die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ –, deren Wirken sie zwei Jahrzehnte lang maßgeblich mitbestimmte.

Im letzten Jahr war es – für uns – ruhiger um sie geworden. Von gesundheitlichen Problemen hörten wir. Da wollten wir sie nicht überbeanspruchen.

Jetzt ereilte uns vor einiger Zeit die Nachricht von ihrem Tod und wir wissen nicht, ob wir sie nicht vielleicht doch hin und wieder noch mal extra konsultieren, extra einladen, extra besuchen hätten sollen. Die Unsicherheit ist groß. So groß, wie die Lücke, die sie hinterlässt.

Irene war eine unserer Landtagsabgeordneten. Für die PDS, für DIE LINKE. Allein ihre Anwesenheit im Schweriner Schloß veränderte den Blick des gesamten Parlaments auf behindertenpolitische Fragen. Umso mehr noch ihre konkrete, praktische Arbeit. Innerhalb und außerhalb des Parlaments.

Im Integrationsförderrat und in der LAG Selbstbestimmt des Landes Mecklenburg-Vorpommern galt sie parteienübergreifend als Autorität. Desgleichen überblickte sie – von ihrer Blindheit geprägt, aber nicht beherrscht – behinderungsübergreifende Problemstellungen und fand allgemeingültige Lösungsvorschläge. Sie mußte „Inklusion“ nicht erst mühsam lernen, sie lebte inklusiv.

Und auch bundesweit hinterließ sie kräftige Spuren. Daß sie unser BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ jahrelang mitprägte, ist schon gesagt. Aber sie gewann auch mehrfach das Vertrauen der Gesamtpartei, im Vorstand mitzuarbeiten. Dort wirkte die selbstbetroffene Selbstvertreterin als vielseitig engagierte demokratische Sozialistin.

Wir fanden eine Zeitlang keine Worte. Es klingt uns noch immer fremd:

Irene Müller ist tot.

Margit Glasow – neue Inklusionsbeauftragte der Partei



Am 3.Juli.2016 wählte der Parteivorstand DIE LINKE. auf seiner Klausurtagung in Rostock Margit Glasow einstimmig zur Inklusionsbeauftragten. Er folgte damit dem Vorschlag der Mitgliederversammlung der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik.

Margit ist die Nachfolgerin von Maik Nothnagel, der als erster Inklusionsbeauftragter der Partei dieses Amt vom Juli 2014 bis Juli 2016 innehatte. Der Parteivorstand dankte Maik für seine Pionierarbeit, besonders für die Arbeit am Teilhabekonzept.

Dr. Ilja Seifert wieder im Parteivorstand



Dr. Ilja Seifert wurde erneut und mit großem Zuspruch in den Bundesparteivorstand gewählt. Ilja ist im Parteivorstand für die Themen Inklusion und selbstbestimmte Behindertenpolitik zuständig.

Ulrike Haase in den Bundesausschuss gewählt



Ulrike Haase, Mitglied der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und Sprecherin der LAG Berlin, wurde in den Bundesausschuss gewählt.

Partei DIE LINKE, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Bundesgeschäftsstelle, Kleine Alexanderstraße
28, 10178 Berlin

bag.behindertenpolitik@die-linke.de
www.bag-selbstbestimmte-behindertenpolitik.de - Koordination: Rolf Kohn Tel: 030/24009-440